

TAGUNG

Zwischen Demokratie-Hoffnung, sicherheitspolitischen Ängsten und energiewirtschaftlicher Vision: die Perspektiven der EU-Mittelmeerpolitik

Laura Blees*

Aufgrund der Umbrüche in der arabischen Welt und der neuen energiepolitischen Herausforderungen in Deutschland und Europa rücken sowohl die EU-Mittelmeerpolitik als auch die Beziehungen Deutschlands, Frankreichs und der Europäischen Union zu den islamischen Mittelmeerstaaten wieder verstärkt in das öffentliche Interesse. So bestimmten Fragen zur Zukunft der Union für das Mittelmeer, zur Uneinigkeit und zum Glaubwürdigkeitsverlust der Europäischen Union im Kontext der arabischen Revolutionen sowie zum Potenzial der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit von Europäischer Union und ihren Mittelmeerpartnern die zweitägige Tagung an der Universität Kassel mit dem Titel „Sicherheitspolitische Utopie oder energiepolitische Vision? Deutschland, Frankreich und die Beziehungen der EU zu den islamischen Mittelmeerländern“. Die Tagung spannte bewusst einen weiten Bogen und gliederte sich in drei thematische Abschnitte: Brücken über das Mittelmeer; die schwierigen Beziehungen der Europäischen Union zur Türkei; und Deutschland, Frankreich und die Mittelmeerpartner.

Politische Ängste und energiewirtschaftliche Visionen: Perspektiven der EU-Mittelmeerpolitik

Nach der Eröffnung der Tagung durch *Sabine Ruß-Sattar* und einem Grußwort von *Stefan Mörsdorf* und *Georg Walter* gab *Annette Jünemann* in ihrem Vortrag einen einführenden Überblick über die Etappen der EU-Mittel-

Sicherheitspolitische Utopie oder energiepolitische Vision? Deutschland, Frankreich und die Beziehungen der EU zu den islamischen Mittelmeerländern

Tagung der Universität Kassel, der ASKO EUROPA-STIFTUNG, der Universitätsgesellschaft Kassel e.V., der Europäischen Kommission und des Arbeitskreises Europäische Integration e.V.

Kassel, 9.-10. Juni 2011

Begrüßung und Einführung

Prof. Dr. Sabine RUß-SATTAR, Universität Kassel

Grußwort

Stefan MÖRSDORF, Geschäftsführer der ASKO EUROPA-STIFTUNG, Saarbrücken

Georg WALTER, Referent der ASKO EUROPA-STIFTUNG, Saarbrücken

Brücken über das Mittelmeer – Europa und seine südlichen Nachbarn als politische und energiewirtschaftliche Partner

Aktuelle Herausforderungen und strukturelle Probleme der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union

Prof. Dr. Annette JÜNEMANN, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Dilemma von Demokratisierung und Stabilitätspolitik im Mittelmeerraum – Aktuelle Herausforderungen für die Europäische Union und Ägypten

Dr. Thomas DEMMELHUBER, Universität Erlangen-Nürnberg

* Laura Blees, M.A., Doktorandin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel.

meerpolitik. Ausgangspunkt ihrer Darstellung waren die gegenwärtigen Umbrüche in der arabischen Welt. Laut Jünemann waren weder die Europäische Union noch die anderen Staaten auf diese Umwälzungen vorbereitet. Zunächst habe die Europäische Union die bestehenden Regime weiterhin unterstützt, dabei standen hauptsächlich sicherheitspolitische Erwägungen im Vordergrund.

Die EU-Mittelmeerpolitik nach Ende des Ost-West-Konflikts sei von der Idee geprägt, eine homogene Politik gegenüber der Mittelmeerregion zu schaffen. Es sollten wirtschaftliche, entwicklungspolitische und Demokratiedefizite in den arabischen Staaten ausgeglichen werden, da der Nahe und Mittlere Osten als Krisenregion wahrgenommen wurde. In diesem Zusammenhang hob Jünemann noch einmal hervor, dass die Europäische Union einerseits einen Demokratisierungsprozess nur anstoßen, sich aber nicht über dessen Ausgang sicher sein könne. Andererseits müsse die Europäische Union bereit sein, Instabilität auszuhalten und ein Demokratisierungsergebnis zu akzeptieren, das ihren Vorstellungen eventuell nicht entspricht. Die Ereignisse des 11. Septembers 2011 hätten dem Demokratisierungsprozess wiederum den Boden entzogen. Auf der theoretischen Ebene fänden die Debatten zur Demokratieförderung weiterhin statt, jedoch finde keine Umsetzung mehr in die Praxis statt. Mit der Initiative für eine Mittelmeerunion durch Nicolas Sarkozy 2007 und deren europäischer Umsetzung sei der Ansatz zur Demokratieförderung endgültig ad acta gelegt worden. Bestrebungen, die Zivilgesellschaft zu stärken, seien durch einen wirtschaftsorientierten Ansatz ersetzt worden. Letztendlich war Jünemann skeptisch, ob die Europäische Union die mit den Demokratisierungsbestrebungen einhergehende Instabilität in den arabischen Staaten aushalten wird.

In dem Vortrag von Thomas Demmelhuber stand die europäisch-ägyptische Zusammenarbeit vor dem „arabischen Frühling“ und der Zeit nach dem Rücktritt des ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak im Mittelpunkt.

Skeptische Distanz: Deutschland und die EU-Mittelmeerpolitik

Eberhard RHEIN, European Policy Centre, Brüssel

Solarstrom aus der Wüste für Europa?

Öffentliche Podiumsdiskussion zum „DESERTEC“-Projekt

Dr.-Ing. Hani EL NOKRASCHY, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats, DESERTEC Stiftung, Hamburg

Dr.-Ing. Michael STERNER, Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES), Kassel

Dipl.-Geogr. Valentin HOLLAIN, EUROSOLAR e.V., Bonn

Matthias RUCHSER, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Die schwierigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei – Konsequenzen für die Mittelmeerpolitik

Deutschland und der EU-Beitritt der Türkei – sicherheitspolitische, wirtschaftliche und energiepolitische Aspekte

Dr. Jörg BAUDNER, Bremen/Istanbul

Innenpolitische Wahrnehmungen des EU-Beitrittsgesuchs der Türkei in Deutschland und Frankreich
Prof. Dr. Sabine RÜB-SATTAR, Universität Kassel

Die Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik – eine Wende in der Europapolitik der Türkei mit Auswirkung auf die Energie- und Mittelmeerpolitik?

Prof. Dr. Wolfgang GIELER, Okan University, Istanbul

Die Rolle des Islam in der türkischen Politik
Ertuğrul ŞAHİN, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Deutschland, Frankreich und die Mittelmeerpartner – gemeinsame sicherheits- und energiepolitische Herausforderungen und Lösungsversuche

Europäische Migrationspolitik im Mittelmeerraum zwischen sicherheitspolitischer Abschottung und wirtschaftlicher Integration

PD Dr. Sabine RIEDEL, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

So habe sich die europäisch-ägyptische Zusammenarbeit vor den Umbrüchen dadurch ausgezeichnet, dass Ägypten die Mittelmeerstaaten koordiniert und gegenüber der Europäischen Union vertreten habe. Es habe eine politische Einmischung der Europäischen Union in die Politik der Region entschieden abgelehnt. Einerseits habe Ägypten übersteigerte und verzerrte Selbstwahrnehmung in Bezug auf seine wirtschaftliche und politische Stärke die EU-ägyptischen Beziehungen determiniert. Andererseits habe das ägyptische Regime seine geostrategische und wirtschaftliche Bedeutung in politischen Einfluss umgesetzt. Dazu bemerkte Demmelhuber ironisch: „Normalerweise heißt es: ‚Wer zahlt, schafft an!‘ Zugespitzt könnte man sagen, dass es sich im Falle Ägyptens und der EU umgekehrt verhielt.“ Das wesentliche Problem bestehe darin, dass die Europäische Union vor Konfrontationen zurückgeschreckt sei und sich bei politischen Fragen (beispielsweise Menschenrechte) meist zurückgehalten habe. Ursächlich für diese „non-confrontational action“ seien zum einen die vertikale und horizontale Akteursvielfalt innerhalb der Europäischen Union und zum anderen die Angst vor unintendierten Nebenfolgen rascher politischer Umbrüche, die sich gerade 2011 in Tunesien und Ägypten ergaben. Für Demmelhuber sollte die Europäische Union bei der Neuausrichtung ihrer Mittelmeerpolitik drei Prinzipien berücksichtigen: Erstens müssten sämtliche Strukturen und Instrumente der EU-Mittelmeerpolitik auf den Prüfstand. Zweitens müsse der Tatsache politisch Rechnung getragen werden, dass Entwicklungen nicht erzwungen werden können und der politische Transformationsprozess ergebnisoffen ist. Drittens gelte es, sich einen Überblick über die sich gerade herauskristallisierende neue Akteurskonstellation vor Ort zu verschaffen. Erst dann sei es sinnvoll, Transferzahlungen für die inhaltliche Begleitung des politischen Transformationsprozesses zu tätigen. Zuvörderst müsse es daher um eine Verbesserung der sozioökonomischen Lage der Menschen gehen. Nur so sei es möglich, gesellschaftsübergreifend die Unterstützung für

Perspektiven für eine neue EU-Mittelmeer-Politik
Prof. Dr. Mohamed TURKI, Tunis

Deutschland, Frankreich und die Rolle der Europäischen Union bei der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts
Dr. Peter BENDER, Kassel

Perspektiven für eine neue EU-Mittelmeer-Politik
Katrin SOLD, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Berlin

eine umfassende Demokratisierung des Staates zu generieren.

Der Vortrag von *Eberhard Rhein* ging in eine ähnliche Richtung. Die größte Herausforderung bestehe darin, den internationalen Bedeutungsverlust der Europäischen Union in Zukunft zu verhindern. Weiterhin kritisierte auch er, dass die Europäische Union nicht einheitlich auftritt und keine klare Führungsrolle einnimmt. Auch fehle ein simpler und vor allem sachlich geführter Dialog. Zudem müssten wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen ausgearbeitet werden, die einheitlich sind. Außerdem ziehe sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit wie ein roter Faden durch die EU-Mittelmeerpolitik.

Mit einer hervorragend besuchten, ausführlich und engagiert geführten öffentlichen Podiumsdiskussion „*DESERTEC – Solarstrom aus der Wüste für Europa?*“ öffnete sich die wissenschaftliche Tagung am Abend für ein breiteres und interdisziplinäres Publikum und setzte einen innovativen technikwissenschaftlichen und energiepolitischen Akzent. Lehrende und Studierende der speziellen Master-Studiengänge Erneuerbare Energien sowie *Renewable Energies in the Middle East North Africa Region* an der Universität Kassel zeigten daran sehr großes Interesse und diskutierten lebhaft mit den anwesenden Podiumsteilnehmern *Hanni El Nokraschy, Michael Sterner, Valentin Hollain* und *Matthias Ruchser*. Im Zuge der Diskussion wurden die Chancen und Möglichkeiten, aber auch die Herausforderungen und Probleme des DESERTEC-Projekts, eines geplanten mittelmeerübergreifenden Solar- und

Windstromverbundnetzes zwischen Europa und Nordafrika, diskutiert sowie dessen Auswirkungen und Vorteile für die energiepolitische Zukunft der Europäischen Union und der Partnerstaaten. Zusammenfassend können sechs wesentliche Ergebnisse der Diskussion genannt werden: Erstens ist der Bedarf an erneuerbaren Energien da und wird im Zuge der Energiewende weiter ansteigen. Zweitens stellt das DESERTEC-Projekt eine Möglichkeit zur Erzeugung weiterer erneuerbarer Energien dar. Drittens bedarf es einer zentralen sowie dezentralen Energieversorgung. Vierthens dürfen der Innovationsvorteil und die Führungsrolle Deutschlands, aber auch Europas beim Ausbau erneuerbarer Energien nicht verloren gehen. Fünftens bedarf es dazu einer engen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. In diesem Zusammenhang müssen Anstrengungen sowohl auf lokaler als auch globaler Ebene unternommen werden. Sechstens sind aktive Bürgerinnen und Bürger sowie eine engagierte Gesellschaft für die Umsetzung der Energiewende unabdingbar.

Vorübergehende Eiszeit? Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei

Jörg Baudner erläuterte in seinem Beitrag zu Deutschland und dem EU-Beitritt der Türkei, dass sich die Problematik des Glaubwürdigkeitsverlusts der Europäischen Union auch in der Beitrittsdebatte widerspiegelt. So sprach er von einer „Eiszeit“ innerhalb der europäisch-türkischen Beziehungen. Der Türkei werde der EU-Beitritt in Aussicht gestellt. Dass sich dieser trotz anhaltender Anstrengungen seitens der Türkei bis jetzt nicht verwirklichen lasse, führe zu einer tief sitzenden Frustration innerhalb der Türkei, vorrangig gegen Frankreich und Deutschland. Eine privilegierte Partnerschaft, wie sie Angela Merkel favorisiert, stehe für die Türkei nicht zur Diskussion und sie fühle sich durch diesen Vorschlag herabgesetzt. Wirtschaftliche, energiepolitische und sicherheitspolitische Aspekte wurden genannt, um den Beitrittsanspruch zu untermauern. So sei seit dem Regierungsantritt von Recep Tayyip Erdoğan ein stetiges Wirtschaftswachstum

zu verzeichnen. Auch werde die energiepolitische Bedeutung der Türkei betont, sie habe die Ambition, eine „Energiedrehscheibe“ zwischen Asien und Europa, sowohl für Gas als auch für Öl, zu werden. Bezüglich sicherheitspolitischer Aspekte könne der türkische EU-Beitritt die Stabilität in der Region erhöhen. Baudner unterstrich, dass es letztendlich schwierig sei, die Frage nach dem Beitritt zu beantworten und die Transformationen einzuschätzen. Trotzdem dürfe die Chance des Beitritts nicht verspielt werden, da der in Aussicht gestellte Beitritt die wirkungsvollste Option sei, eine ‚Norm-Diffusion‘ voranzutreiben. Aus diesem Grund sollte das Zeitfenster nicht überstrapaziert werden. Weiterhin bestehে die Gefahr, dass sich die Türkei aufgrund ihrer Enttäuschung – und um sich von Frankreich und Deutschland abzugrenzen – nach Asien orientiert. Um eine Abwendung der Türkei von Europa zu verhindern, seien neue Initiativen wünschenswert und nötig.

Dieser Schlussfolgerung pflichtete Sabine Ruß-Sattar bei, die in ihrem Beitrag die Verknüpfung innen- und außenpolitischer Diskurse in der Debatte um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei erörterte. Diese Debatten stünden im Kontext einer Phase des europäischen Integrationsprozesses, in dem es nicht mehr um das Öffnen von Grenzen und um eine weitere Integration zu gehen scheine, sondern um die Suche nach der Identität Europas und seinen Grenzen, damit aber zunehmend auch um Abgrenzung und Ausschluss. Als unzureichend verarbeitete Erfahrung scheine dabei die EU-Osterweiterung die Debatte über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union zu beeinflussen. Vor allem drei Aspekte würden in diesem Zusammenhang diskutiert: die wirtschaftliche Situation der Türkei, die Durchsetzung von Menschenrechten und die kulturelle Differenz. Befürworter und Gegner interpretierten die Gegebenheiten hier jeweils unterschiedlich: So werde beispielsweise der Umstand, dass die Türkei ein vorwiegend islamisch geprägter Staat ist, entweder als Pro- oder Kontra-Argument gedeutet. Besonders auffällig sei jedoch, dass in Frankreich und Deutschland als

den Staaten, in denen die Ablehnung des Beitritts der Türkei besonders ausgeprägt ist, kulturalistische Argumente in den letzten Jahren im Diskurs zunehmend an Gewicht gewonnen haben. In Deutschland vermengten sich offenbar Ängste gegenüber vorgeblich ‚nicht integrierbaren‘ muslimischen Zuwanderern aus der Türkei mit der Angst vor einem EU-Mitgliedstaat Türkei. Auch in der französischen Debatte zeigte sich eine erhebliche Ambivalenz, wobei die Frage nach der Bedeutung des Islams zentral sei. Frankreich wolle sich über die Grundwerte der eigenen Republik klar werden, sodass der französische Präsident Sarkozy – nicht zuletzt aus wahlpolitischen Gründen – eine Debatte über die nationale Identität und das Konzept der Laizität angestoßen habe. Die Debatten in Frankreich und in Deutschland hätten die Wahrnehmungen dieser beider Staaten innerhalb der Türkei negativ beeinflusst. So ist deren Ansehen in Meinungsumfragen in der Türkei drastisch gesunken. Letztendlich, so Ruß-Sattar, sei die kulturalistische Argumentation nicht zweckmäßig und behindere auf politischer wie gesellschaftlicher Ebene die Ausbildung kooperativer Beziehungen.

Kernpunkt des Vortrags von Wolfgang Gieler war der Paradigmenwechsel innerhalb der türkischen Außenpolitik. Die Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik habe mit der Regierungsübernahme der Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, AKP) begonnen. Im Zuge dieser Neuausrichtung sprechen Kritiker gemeinhin gerne vom „Neo-Osmanismus“, die Regierung hingegen spreche von „strategischer Tiefe“. So sei die türkische Außenpolitik bis 2002 eher passiv und eindimensional ausgelegt gewesen. Ziel sei gewesen, die eigene Position zu verteidigen und reaktiv zu handeln. Seitdem Ahmet Davutoğlu Außenminister ist, werde eine aktiver und offensivere Außenpolitik betrieben. Auch nehme die Türkei eine diskrete Vermittlerrolle im Nahen und Mittleren Osten ein. Der neue Ansatz der türkischen Außenpolitik verfolge fünf wesentliche Ziele: erstens, der Beitritt zur Europäischen Union soll bis spätestens 2023 zum 100. Bestehen der Republik verwirklicht

worden sein. Zweitens, soll eine weitere regionale Integration erreicht werden. Drittens, soll die Türkei eine einflussreiche und konfliktlösende Position in der Region einnehmen. Viertens, werde ein Bedeutungsgewinn der Türkei innerhalb der internationalen Arenen und Organisationen angestrebt. Füntens, wolle die Türkei ihre Wirtschaftskraft weiter steigern. Auch Gieler sieht die Gefahr, dass sich die Türkei von der Europäischen Union abwenden könnte. Sie bewegt sich zwischen zwei Kontinenten, zwischen Ost und West. Außerdem werde das türkische Modell, das politische Modernisierung und wirtschaftliche Liberalisierung miteinander verbindet, viel stärker in den arabischen Staaten diskutiert, als das westliche Modell. Die Türkei habe aufgrund ihrer neuen Außenpolitik an Bedeutung in den arabischen Staaten gewonnen. Der Paradigmenwechsel kann nach Einschätzung Gielers zu einem Zugewinn an ‚leadership‘ für die Türkei innerhalb der islamischen Welt führen.

Dreh- und Angelpunkt des Vortrags von *Ertuğrul Şahin* war die Rolle des Islams in der Türkei. Einleitend verwies Şahin darauf, dass die seit dem 11. September 2001 wachsende öffentliche Fixierung auf das Thema Islam in Politik, Medien und auch Wissenschaft zu risikanten Stereotypisierungen führt, die die Vielfältigkeit und auch die Spannungen innerhalb des Islams selbst erkennen. Um die Rolle des Islams in der Türkei richtig verstehen zu können, bedürfe es einer Analyse der türkischen Modernisierung. Dabei sei die historische Dimension von entscheidender Bedeutung. So werde die osmanische Geschichte gemeinhin als Konflikt- und Kriegsgeschichte beschrieben. In diesem Zusammenhang sei der Begriff ‚Türke‘ mit dem des Islams gleichgesetzt und eine Gefahr, die von ihm ausgeinge, heraufbeschworen worden. Die Erinnerung historischer Feindschaften gepaart mit der Angst vor dem islamistischen Terrorismus kreiere in den Köpfen westlicher Beobachter ein ganz neues Gefahrenpotenzial des Islams in der Türkei. Die Türkei sei lange Zeit als das Paradebeispiel der Modernisierung eines islamisch geprägten Staates angesehen worden. Laut Şahin gingen

mit der Modernisierung auch gewisse Probleme einher, die sich zum Beispiel in dem Spannungsfeld zwischen einem strikten Laizismus und einem Säkularismus – der die Religion in verschiedenen Formen zur Sprache bringen will – widerspiegeln. Dies wurde in Şahins Vortrag als Konflikt der Türkei mit sich selbst beschrieben. Dennoch würden sich aus diesem Konflikt auch neue Perspektiven und Möglichkeiten für die Türkei ergeben. So könne gerade durch und wegen des Paradigmenwechsels der AKP-Regierung und des Versuchs, die Konfliktlinie zwischen Laizismus und Säkularismus etwas abzuschwächen, ein Versöhnungsprozess angestoßen werden.

Multilateral und bilateral: Perspektiven für die Kooperation im Mittelmeerraum

Sabine Riedel thematisierte in ihrem Vortrag die europäische Migrationspolitik im Mittelmeerraum und dessen Spannungsverhältnis zwischen sicherheitspolitischer Abschottung und wirtschaftlicher Integration. Gerade in diesem Politikfeld spiegelten sich die Problematiken des Mehrebenensystems der Europäischen Union wider. So sei die Migrationspolitik der Europäischen Union noch immer von den heterogenen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten geprägt. Zwar habe das Schengen-System seit seiner Überführung in das EU-Recht im Jahre 1999 einheitliche Standards für die Migrations- und Asylpolitik schaffen wollen. Doch seien durch Sonderregelungen für einzelne Mitgliedstaaten und durch Übergangsregelungen im Zuge der Osterweiterung weitere rechtliche Asymmetrien entstanden, die einer einheitlichen Einwanderungspolitik im Wege stünden. Andererseits zeigten sich erste konzeptionelle Defizite in den bereits vereinbarten EU-Verträgen zur Sicherung des europäischen Rechtsraums, wie sie zum Beispiel im Haager und im Stockholmer Programm offensichtlich würden. So werde ein Schwerpunkt auf die Bekämpfung der illegalen Migration gelegt und dabei auf den Schutz der Außengrenzen fokussiert, während der weitaus größere Teil ganz legal als Arbeitsmigranten von einem EU-Mitgliedstaat angeworben wer-

de und nach Ablauf der Aufenthaltserlaubnis nicht in den Herkunftsstaat zurückkehre. Spanien und Italien hätten dieses Problem durch verschiedene Legalisierungsmaßnahmen zu lösen versucht und dabei positive Erfahrungen gesammelt, die jedoch in „Brüssel“ kaum auf Resonanz stießen. Vielmehr präferiere die Europäische Kommission weiterhin die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten, um illegale Migranten abzuschlieben, obwohl die dortige Menschenrechtsslage als kritisch einzuschätzen ist. Doch auch die Asylpolitik Griechenlands oder Italiens werde von „Brüssel“ nur unzureichend kritisiert, obwohl sie die Umsetzung des Schengen-Vertrags behindern (Drittstaatenregelung). Zusammenfassend bewertete Riedel den spanischen Ansatz positiv, weil er nicht nur auf eine Legalisierung orientiert ist, sondern auch die Bekämpfung der Ursachen illegaler Migration in den Blick nimmt. So müsse eher das Konzept der Europäischen Kommission zur sogenannten zirkulären Migration auf den Prüfstand gestellt werden, weil es auf neue Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland setzt, ohne dass die Herausforderungen der illegalen Migration und der sich verstärkenden europäischen Binnenmigration von Ost nach West gemeistert wären.

Die Frage nach der Zukunft der arabischen Welt, der Umbruch in Tunesien und neue Perspektiven für die EU-Mittelmeerpolitik standen im Zentrum des Vortrags von Mohamed Turki. Vor allem die inneren und nicht die äußeren Faktoren seien ausschlaggebend für die Probleme der arabischen Staaten. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, die Binnenstruktur zu untersuchen, um nachvollziehen zu können, warum es letztendlich zur Revolution kam; so sei nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimension von entscheidender Bedeutung. Des Weiteren sei gerade der unerwartete Augenblick das wichtigste Moment einer Revolution. Rückblickend betrachtet seien drei Faktoren ursächlich für die Umwälzungen gewesen: erstens die Arbeitslosigkeit, zweitens die Aussichtslosigkeit der Menschen und drittens die Demütigung und Entwürdigung der Men-

schen. Außerdem sei die Frage, wo die Macht verortet ist, zentral für die Revolution in Tunesien. Dabei rücke die Struktur der tunesischen Gesellschaft in das Zentrum der Analyse. Gekennzeichnet sei die Gesellschaftsstruktur entweder durch patriarchale oder neo-patriarchale Formierungen. Doch gerade diese Gesellschaftsstrukturen ließen keine Transformation zu. Dies stelle vor allem für die junge Generation eine Herausforderung dar, da es vor allem sie sei, die sich in einer ökonomischen Sackgasse befindet. Letztendlich sei es mithilfe der neuen Medien möglich, den Gedanken der Freiheit zu verbreiten – tunesische Graffitis wie „Thank you Facebook“ machten dies sichtbar. Die wesentlichen Parolen dieser Revolution seien Freiheit, Gerechtigkeit und Würde gewesen.

Peter Bender referierte über die Rolle Deutschlands, Frankreichs und der Europäischen Union im israelisch-palästinensischen Konflikt. Dreh- und Angelpunkt des Konflikts seien widerstreitende theologische und kulturelle Ansprüche auf das Land Israel. Die dominierende Frage im Vortrag Benders war, ob das Jahr 2011 zu einem Schlüsseljahr im Nahostkonflikt werde. Die viel zitierte Zweistaaten-Lösung sei in greifbare Nähe gerückt. Doch eine eventuelle einseitige Proklamation eines palästinensischen Staates würde nicht nur die beiden Konfliktparteien vor eine neue Herausforderung stellen, sondern auch Deutschland, Frankreich und die Europäische Union. Zudem stellen die Umbrüche in der arabischen Welt den israelisch-palästinensischen Konflikt in einen neuen, ungewissen Kontext.

Die deutsche Nahostpolitik sei durch eine ausgewogene Zurückhaltung und ein Bewusstsein der historischen Verantwortung geprägt. Es bestehe weitgehende Einigkeit der politischen Eliten Deutschlands bezüglich der deutschen Interessen im Nahen Osten. Diese beinhalteten das Existenzrecht Israels, die Abwehr von Gefahren beziehungsweise des internationalen Terrorismus und den Erhalt der guten Beziehungen zu den arabischen Staaten, um die Energieversorgung zu gewährleisten. Die Po-

litik Frankreichs sei wiederum durch einen pragmatischen Intergouvernementalismus gekennzeichnet. Weiterhin strebe Sarkozy eine Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der militärischen Dimension der Europäischen Union an. Außerdem seien die Erwägungen Frankreichs und der angewandte Politikstil im israelisch-palästinensischen Konflikt sehr stark von innenpolitischen Faktoren abhängig. Die französischen Interessen bezüglich des Nahen Ostens lägen zusammenfassend darin, Frankreichs Bedeutung in der Weltpolitik zu vergrößern, den Export in die Region zu steigern („patriotisme économique“) und die Rolle eines Vermittlers einzunehmen.

Bender diskutierte schließlich auch die europäische Positionierung innerhalb des israelisch-palästinensischen Konflikts und stellte die Frage, ob die Europäische Union eher die Rolle des „honest broker“ oder des „honorable bystander“ einnehmen werde. Außerdem werde sie oft nur als „payer, not player“ wahrgenommen. Dennoch sei gerade die Europäische Union konzeptionell oft Vorreiter bei Lösungsansätzen der internationalen Nahostdiplomatie. So hat die Europäische Union laut Bender mit den Gipfelerklärungen von Berlin 1999 und Sevilla 2002 indirekt die Basis für die Formulierung der ‚road map‘ gelegt. Trotzdem birgt die Zweistaaten-Lösung im Falle einer einseitigen Proklamation eines Palästinenserstaats ein beträchtliches Konfliktpotenzial. Verbunden mit einer befürchteten dritten Intifada würde das entweder zu einer völligen Blockade oder einem Zerfall der Union für das Mittelmeer führen. Der ‚intergovernmental multilateralism‘, das Organisationsprinzip der Union für das Mittelmeer, wäre damit gescheitert. Die weitere Folge einer so gescheiterten EU-Mittelmeer- und Nahostpolitik wäre eine zunehmende Marginalisierung der Europäischen Union als Akteur in den internationalen Beziehungen insgesamt. Auch müssten Deutschland, Frankreich und die Europäische Union den gefährlichen Stillstand im Nahostkonflikt nach den kontroversen Reden von US-Präsident Barack Obama und Israels Premier

Benjamin Netanjahu überwinden und die Akteurslücke neu ausfüllen. Das Gleiche gelte für die Glaubwürdigkeit, die unbedingt wiederhergestellt werden müsse: Nur durch ‚leadership by credibility‘ könnten Frankreich und Deutschland einerseits die Europäische Union voranbringen – und kann die Europäische Union ihrerseits einen Beitrag zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts leisten.

Am Ende der Tagung richtete *Katrin Sold* den Blick nochmals allgemeiner auf die Politik der Europäischen Union, Frankreichs und Deutschlands im Mittelmeerraum, um abschließend die grundsätzliche Frage nach tragfähigen Kooperationsstrukturen zwischen Bilateralität und Multilateralität zu erörtern. Einleitend kommentierte sie die Reaktionen Deutschlands und Frankreichs auf die Umbrüche im arabischen Raum. Hierbei seien zwei Phasen zu unterscheiden, zum einen die Phase vor der Flucht des tunesischen Präsidenten Ben Ali und zum anderen die Phase danach. In der ersten Phase seien sowohl Deutschland als auch Frankreich von dem Regime-Umsturz überrascht gewesen, obschon von Frankreich aufgrund der engen Beziehungen zu den nordafrikanischen Staaten ein besserer Informationsstand zu erwarten gewesen wäre. Die Nichtreaktion Frankreichs stehe zudem im Gegensatz zum Charakter der traditionellen französischen Außenpolitik. Diese zeichne sich häufig durch schnelle Entscheidungsprozesse und einen Rückgriff auf einen Erfahrungsschatz in der Mittelmeerpolitik aus. Deutschland hingegen, das über eine traditionelle Ost-Orientierung verfüge, habe sich infolge der Umbrüche in Nordafrika erst strategisch positionieren müssen.

Die zweite Phase nach Ben Alis Sturz – und den fortschreitenden Umbrüchen in den anderen nordafrikanischen Staaten – sei dagegen durch deutliche Unterschiede der deutschen und der französischen Position gekennzeichnet. Im Zuge des Libyen-Einsatzes habe Frankreich versucht, seine Führungsrolle und seinen Führungsanspruch in der EU-Mittelmeerpolitik geltend zu machen. Frankreich sei eine Al-

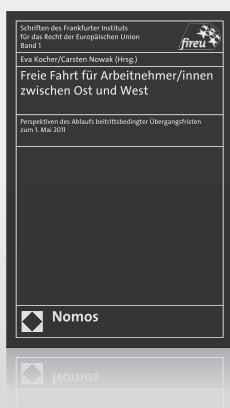
lianzt mit Großbritannien eingegangen und festigte damit eine wenig zuvor etablierte französisch-britische Partnerschaft in Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Deutschland habe sich in der zweiten Phase deutlich zurückhaltender verhalten. Die deutsche Außenpolitik setze weniger Akzente in der EU-Mittelmeerpolitik als in der direkten Nachbarschaftspolitik. Die infolge des ‚arabischen Frühlings‘ notwendig gewordene Neupositionierung sei dann auch nicht über das Forum der Mittelmeerunion, sondern in Form eines bilateralen Ansatzes erfolgt.

Im zweiten Teil ihres Vortrags wandte sich Sold der Analyse der Kooperationsstrukturen in der euro-mediterranen Partnerschaft zu und erläuterte die wesentlichen Vor- und Nachteile des bilateralen und multilateralen Ansatzes sowie etwaige Möglichkeiten einer künftigen komplementären Anwendung. Das wesentliche Problem liege nach ihrer Einschätzung darin, dass die Instrumente des jeweiligen Ansatzes häufig parallel auf die gleichen Zielstaaten angewendet werden, um dieselben Ziele zu erreichen. Ein Konkurrenzverhältnis in der europäischen Nachbarschaftspolitik existiere auf zwei Ebenen: auf der Ebene der Akteure, beispielsweise um Finanzmittel und nationale Einflussphären, sowie auf der Ebene der Instrumente zwischen bilateralem und multilateralem Ansatz. Anders als die häufig formulierte Forderung einer vollständigen Überwindung dieser Konkurrenzverhältnisse in der EU-Mittelmeerpolitik sprach sich Sold für eine komplementäre Nutzung beider Ansätze in ausgewählten Bereichen aus. Beispielsweise sollten die bestehenden Netzwerke einzelner EU-Mitgliedstaaten in den Nachbarschaftsregionen besser genutzt werden. Auf Ebene der Instrumente eigne sich der multilaterale Ansatz vor allem im Bereich der Förderung wirtschaftlicher Kooperation und der gemeinsamen Bekämpfung von Sicherheitsrisiken. Der bilaterale Ansatz berücksichtige hingegen die Heterogenität der einzelnen Staaten in der Region in einem größeren Maße. Die Instrumente des bilateralen Ansatzes können infolgedessen vor allem im Bereich der Demokratisierung sowie

der Förderung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zum Einsatz kommen.

Im Tenor stimmten die Tagungsbeiträge darin überein, dass die festgefahrenen Strukturen, Instrumente und Institutionen der EU-Mittelmeerpolitik dringend modernisiert und den neuen Entwicklungen in der arabischen Welt und der Türkei angepasst werden müssen. Deutschland und Frankreich komme dabei eine Schlüsselrolle zu, diese müsse von beiden aber

auch konstruktiv wahrgenommen werden. Nur so könne Europa in der Region im Dialog mit den islamischen Mittelmeerstaaten und bei der Lösung des Nahostkonflikts eine bedeutende Rolle spielen, Demokratisierungsprozesse begleiten, sicherheits- und migrationspolitische Herausforderungen partnerschaftlich meistern und das Potenzial der energiepolitischen Zusammenarbeit in der Region gerade mit Blick auf die Förderung erneuerbarer Energien nutzen.



Freie Fahrt für Arbeitnehmer/innen zwischen Ost und West

Perspektiven des Ablaufs beitrittsbedingter Übergangsfristen zum 1. Mai 2011

Herausgegeben von Eva Kocher und Carsten Nowak

2012, 77 S., brosch., 19,- €
ISBN 978-3-8329-7176-2

(*Schriften des Frankfurter Instituts für das Recht der Europäischen Union, Bd. 1*)

Seit 1. Mai 2011 gilt in der EU auch im Verhältnis zu den osteuropäischen Beitreftsstaaten uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Der Sammelband diskutiert das Instrument der Übergangsfristen sowie die Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit: Wie sind Übergangsfristen europarechtlich zu bewerten, welche Bedeutung hat die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitsmärkte, Arbeitsrecht und Sozialrecht?

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14356

